



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1  
—  
17

*Ceci n'est pas une pipe.*

# Editorial

## Liebe Leserin, lieber Leser,

individuell „gefühlte“ Realitäten statt Fakten; wirtschaftliche Abschottung statt Freihandel; nationale Konzentration statt Europa: Das sind nur wenige Schlagworte, die die Veränderung des gegenwärtigen politischen Klimas kennzeichnen. Tot geglaubte Gespenster wie offen zur Schau getragene Nationalismen sind nicht nur in Europa wiedererstanden. 2017 finden in einigen Ländern, wie etwa in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland, Wahlen statt, bei denen entscheidende Weichen gestellt werden könnten. „Alle Veränderung erzeugt Angst. Und die bekämpft man am besten, indem man das Wissen verbessert“, so Ihno Schneevoigt, Geschäftsführer der IBM Deutschland a.D. In diesem Sinne geht es im vorliegenden Heft um folgende Themen:

- Stefan Haußner untersucht den Zusammenhang zwischen steigenden Wahlbeteiligungen und politischer Mobilisierung durch rechtspopulistische Parteien;
- Markus Hünemörder stellt im vierten und letzten Beitrag der Serie „Der Kampf ums Weiße Haus“ die Anfangsphase der Regierung Trump vor und gibt einen Ausblick auf die kommenden Jahre;
- In dem Schwerpunkt „Zur Diskussion gestellt: CETA“ beleuchtet Gabriel Felbermayr das Freihandelsabkommen, dessen Details über Expertenkreise hinaus kaum bekannt sind; Michael Gotschlich schildert in seinem Gastbeitrag die Sicht der bayerischen Staatsregierung auf CETA;
- Dirk Götschmann blickt in seinem Artikel „Ein Denkmal des Friedens und der Arbeitskraft des Deutschen Reiches“ zurück auf das Jahr 1917, in dem die Entscheidung für den Rhein-Main-Donau-Kanal fiel
- und abschließend befasst sich Tim Frohwein mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Amateurfußballs.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre! Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: [landeszentrale@stmbw.bayern.de](mailto:landeszentrale@stmbw.bayern.de), Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Die Redaktion

## Autoren dieses Heftes

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**, Ph. D., ist seit 2010 Leiter des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft und seit 2011 Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Außenwirtschaft am Lehrstuhl für Reale und monetäre Außenwirtschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

**Dipl.-Soz. Tim Frohwein** ist Standortübergreifender Referent für Wissenschaftskommunikation der Hochschule Fresenius. Er leitet zudem die Redaktion des Wissenschaftsblogs [adhibeo.de](http://adhibeo.de) und ist Lehrbeauftragter für Soziologie und Kommunikation.

**Michael Gotschlich** arbeitet seit 1989 für das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. Seit 2004 leitet er im Wirtschaftsministerium das Referat für Grundsatzfragen der Außenwirtschaft und den Länderbereich Amerika.

**Prof. Dr. Dirk Götschmann** war von 2000–2013 Professor für Neuere und Neueste Geschichte mit Berücksichtigung der Bayerischen Landesgeschichte an der Universität Würzburg.

**Stefan Haußner**, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg-Essen.

**Dr. Markus Hünemörder** ist Lehrbeauftragter der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Aufgabengebiete umfassen die Verfassungs- und Rechtsgeschichte der USA, Geschichte Nordamerikas im 17. und 18. Jahrhundert, Politikgeschichte, Politische Kultur der USA, Politischer Humor sowie Verschwörungstheorien.

# Inhalt



## **Mobilisierung durch Populismus?**

Auswirkungen rechtspopulistischer Parteien auf die Wahlbeteiligung mit Blick auf die Bundestagswahl 2017

von *Stefan Haußner*

4

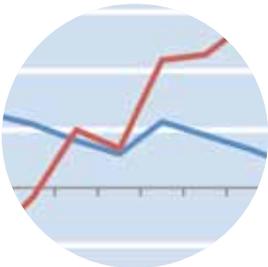


## **Der Kampf ums Weiße Haus**

Folge 4: Inauguration, Kabinett, Visionen

von *Markus Hünemörder*

18



## **Die ökonomischen Effekte des EU-Kanada-Freihandelsabkommens auf Deutschland: eine Einschätzung**

von *Gabriel Felbermayr*

28



## **Die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP) –aus Sicht der bayerischen Staatsregierung**

Ein Gastbeitrag von *Michael Gotschlich*

48

## **„Ein Denkmal des Friedens und der Arbeitskraft des Deutschen Reiches“**

Im Kriegsjahr 1917 fiel die Entscheidung für den Rhein-Main-Donau-Kanal

von *Dirk Götschmann*

56

## **Über die gesellschaftliche Bedeutung des Amateurfußballs**

Eine wissenschaftlich-journalistische Annäherung

von *Tim Frohwein*

72

# Mobilisierung durch Populismus?

Auswirkungen rechtspopulistischer Parteien auf die Wahlbeteiligung  
mit Blick auf die Bundestagswahl 2017

von Stefan Haußner

---



Treffen der internationalen Rechtspopulisten am 21. Januar 2017 in Koblenz, erste Reihe von links nach rechts: Frauke Petry (AfD), Marine Le Pen (Front National), Matteo Salvini (Lega Nord), Geert Wilders (PVV), Harald Vilimsky (FPÖ), Markus Pretzell (AfD)  
Foto: ullstein bild/Reuters – Fotograf: Wolfgang Rattay

2016 war das Jahr, indem man das Gefühl bekommen konnte, mit der Wahlbeteiligung gehe es nach Jahren des Rückschritts wieder aufwärts. Bei allen fünf Landtagswahlen 2016 stieg die Wahlbeteiligung deutlich an und lag in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern sogar zehn Prozentpunkte höher, als noch bei der letzten Landtagswahl. Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zog eine Partei in die Landtage ein, die vorher noch nicht dort präsent gewesen war. Viele Beobachter aus den Medien und der Politik setzten diese zwei Phänomene in direkten Zusammenhang zueinander und analysierten, dass die AfD mitentscheidend für den Anstieg der Wahlbeteiligung gewesen sei und zunehmend vormalige Nichtwähler/-innen zurück in die Wahlkabinen gebracht habe.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der genaueren Untersuchung dieses Zusammenhangs und will darüber hinaus der geschilderten Vermutung der Wahlkommentatoren auf den Grund zu gehen. Sind AfD-Wähler/-innen in signifikanter Zahl vormalige Nichtwähler/-innen? Steigt die Wahlbeteiligung aufgrund des Erfolgs dieser neuen Partei? Und welche Schlüsse lassen sich aus den Ergebnissen für die anstehende Bundestagswahl ziehen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen will dieser Beitrag aber auch über die bundesdeutsche Ebene hinaus auf andere europäische Staaten blicken, denn dort existieren Parteien, die der AfD nicht unähnlich sind. In Frankreich und den Niederlanden stehen 2017 ebenfalls Wahlen an, bei denen Marine Le Pen und Geert Wilders als rechtspopulistische Kandidaten große Chancen zugeordnet werden.

Der Beitrag beginnt mit einem kurzen Überblick über die Entstehung rechtspopulistischer Parteien in Europa, widmet sich der Sozialstruktur ihrer Wähler/-innen, untersucht die Nichtwähler/-innen auf ihre Sozialstruktur hin und vergleicht diese mit den AfD-Wähler/-innen. Nach dieser eher theoretischen Gegenüberstellung werden Wahlergebnisse aus Deutschland und Europa auf den in diesem Beitrag im Fokus stehenden Zusammenhang hin analysiert, um abschließend zu einem Ausblick auf die anstehende Bundestagswahl 2017 zu kommen. Sollten die etablierten Parteien des politischen Spektrums Angst vor dem Lager der Nichtwähler/-innen haben oder ist diese vereinzelt geäußerte Sorge unbegründet?



Plakat einer Gegendemonstration am 21. Januar 2017 in Koblenz  
Foto: ullstein bild/Reuters/KAI – Fotograf: Pfaffenbach

### Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016

	2016	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD		12,7
CDU		27,0
Die Linke		2,9
Grüne		30,3
FDP		8,3
AfD		15,1
Wahlbeteiligung		70,4%

	2011	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD		23,1
CDU		39,0
Die Linke		2,8
Grüne		24,2
FDP		5,3
Wahlbeteiligung		66,3%

Quelle: Statistisches Amt Baden-Württemberg, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA> [Stand: 23.02.2017]

**Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz  
am 13. März 2016**

2016	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	36,2
CDU	31,8
Die Linke	2,8
Grüne	5,3
FDP	6,2
AfD	12,6
Wahlbeteiligung	70,4%

2011	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	35,7
CDU	35,2
Die Linke	3,0
Grüne	15,4
FDP	4,2
Wahlbeteiligung	61,8%

Quelle: Der Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/index.html> [Stand: 23.02.2017]

**Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt  
am 13. März 2016**

2016	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	10,6
CDU	29,8
Die Linke	16,3
Grüne	5,2
FDP	4,9
AfD	24,3
Wahlbeteiligung	61,1%

2011	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	21,5
CDU	32,5
Die Linke	23,7
Grüne	7,1
FDP	3,8
Wahlbeteiligung	51,2%

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> [Stand: 23.02.2017]

**Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern  
am 4. September 2016**

2016	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	30,6
CDU	19,0
Die Linke	13,2
Grüne	4,8
NPD	3,0
FDP	3,0
AfD	20,8
Wahlbeteiligung	61,9%

2011	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	35,6
CDU	23,0
Die Linke	18,4
Grüne	8,7
NPD	6,0
FDP	2,8
Wahlbeteiligung	51,5%

Quelle: Statistisches Amt MV, <http://wahlen.mvnet.de/dateien/atlantent/ergebnisse.2016/landtagswahl.html> [Stand: 23.02.2017]

**Ergebnis der Landtagswahl in Berlin  
am 18. September 2016**

2016	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	21,6
CDU	17,6
Die Linke	15,6
Grüne	15,2
FDP	6,7
AfD	14,2
Wahlbeteiligung	66,9%

2011	Zweitstimmen (in Prozent)
SPD	28,3
CDU	23,3
Die Linke	11,7
Grüne	17,6
FDP	1,8
Wahlbeteiligung	60,2%

Quelle: Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, [https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/zweitstimmen\\_gemeinde-1-berlin\\_gesamt.html](https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/zweitstimmen_gemeinde-1-berlin_gesamt.html) [Stand: 23.02.2017]

## Entstehung und Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Europa

Als Parteien wie der Front National in Frankreich oder die italienische Lega Nord ihre ersten Wahlerfolge verzeichnen konnten, wurden diese Ergebnisse von vielen zunächst als bloße Protesterscheinungen abgetan, die längerfristig wieder verschwinden würden. Mittlerweile muss allerdings konstatiert werden, dass sich aus einzelnen auftretenden Parteien eine (west-)europäische Parteienfamilie gebildet hat, die aus vielen politischen Systemen Europas nicht mehr wegzudenken ist.<sup>1</sup> Die Entstehung der rechtspopulistischen Parteien ist als Gegenbewegung zu der Entwicklung der späten siebziger Jahre zu verstehen, welche die „Neuen Sozialen Bewegungen“ und die ersten ökologischen Parteien hervorbrachte. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und nicht immer einheitlicher Programmatik entwickelten sich rechtskonservative Parteien in Westeuropa in etwa zeitgleich. In Skandinavien waren bereits Ende der siebziger Jahre die sogenannten „Fortschrittsparteien“ entstanden, die allerdings bis Anfang der neunziger Jahre auf nennenswerte Wahlerfolge warten mussten.<sup>2</sup> Kurz darauf feierten der französische Front National unter der Führung von Jean-Marie Le Pen sowie die österreichische FPÖ unter Jörg Haider ihren Aufstieg und etablierten sich als Vorreiter der neuen rechten Bewegung.<sup>3</sup> Gegen Ende der achtziger Jahre breitete sich das Phänomen auch auf weitere Länder wie die Schweiz, Belgien und die Niederlande aus und bescherte den dortigen Parteien teilweise zweistellige Wahlergebnisse. Das Image der rechtspopulistischen Parteien ist dabei, trotz einiger Regierungsbeteiligungen, immer das von Protestparteien oder Anti-Parteien-Parteien geblieben.<sup>4</sup>

Obwohl zumeist derselbe Kern an Parteien gemeint ist, zirkulieren unterschiedlichste Begrifflichkeiten in der Diskussion. Im englischen Sprachraum ließen sich schon 2007 über 20 unterschiedliche Bezeichnungen finden, die von *extreme right* bis zu *anti-immigrant-party* reichen.<sup>5</sup> Auch im deutschen Sprachraum kursieren die Begriffe rechts-

populistisch, nationalkonservativ oder Rechts-Außen-Partei oftmals synonym und meinen in jüngster Zeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) fast immer die gleiche Partei. Problematisch bei der Begriffsfindung ist dabei unter anderem, dass die Ideologie der meisten rechtspopulistischen Parteien oft schlecht abgrenzbar ist und auch etablierte Parteien mit Parlamentssitzen extremistische Elemente in ihren Programmen aufweisen.<sup>6</sup> Während also große Unterschiede innerhalb dieser Parteifamilie existieren, lassen sich drei Gemeinsamkeiten finden, welche hier für eine breite Definition rechtspopulistischer Parteien dienen: (1) Ein populistischer Ideologiekern, der an andere Ideologien angekoppelt werden kann und sich vor allem durch eine starke Abgrenzung von „Volk“ und „Elite“ auszeichnet.<sup>7</sup> (2) Autoritäre Tendenzen, die sich in einer besonders aggressiven Haltung gegenüber dem politischen Gegner und der Vorliebe für eine strikt geordnete Gesellschaft, starke Führung und harte Strafen für Abweichler äußern. Schließlich (3) eine inhaltliche Vereinnahmung des Gedankens, die nationale Identität müsse gegen äußere Einflüsse jeglicher Art geschützt werden.<sup>8</sup>

Deutschland stellte lange Zeit durch die Abwesenheit einer erfolgreichen rechtspopulistischen Partei einen Sonderfall in Europa dar.<sup>9</sup> Seit 2013 und der Gründung der AfD hat sich dies geändert. Innerhalb kürzester Zeit konnte die Partei erstaunliche Erfolge einfahren. Bereits sieben Monate nach ihrer Gründung scheiterte sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Schon bei der Europawahl 2014 konnte sie dann sieben von 96 deutschen Sitzen im Europäischen Parlament erringen. Vor allem bei den Landtagswahlen 2016 (s. Graphiken S. 5 f.) erreichte die AfD kontinuierlich deutlich über zehn Prozent der Stimmen und wurde in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gar die zweitstärkste Kraft. War die AfD bei der Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 noch vorwiegend als *single-issue*-Partei angetreten<sup>10</sup> und nicht

1 Vgl. Frank Decker: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Frank Decker (Hg.): Populismus, Wiesbaden 2006, S. 9–32, hier S. 9.

2 Vgl. Frank Decker: Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden 2004, 11 f.

3 Vgl. Hans-Georg Betz: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Dietmar Loch (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 167–185, hier S. 169.

4 Vgl. Lars Rensmann: Populismus und Ideologie, in: Decker, Populismus (wie Anm. 1), hier S. 60.

5 Vgl. Cas Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007.

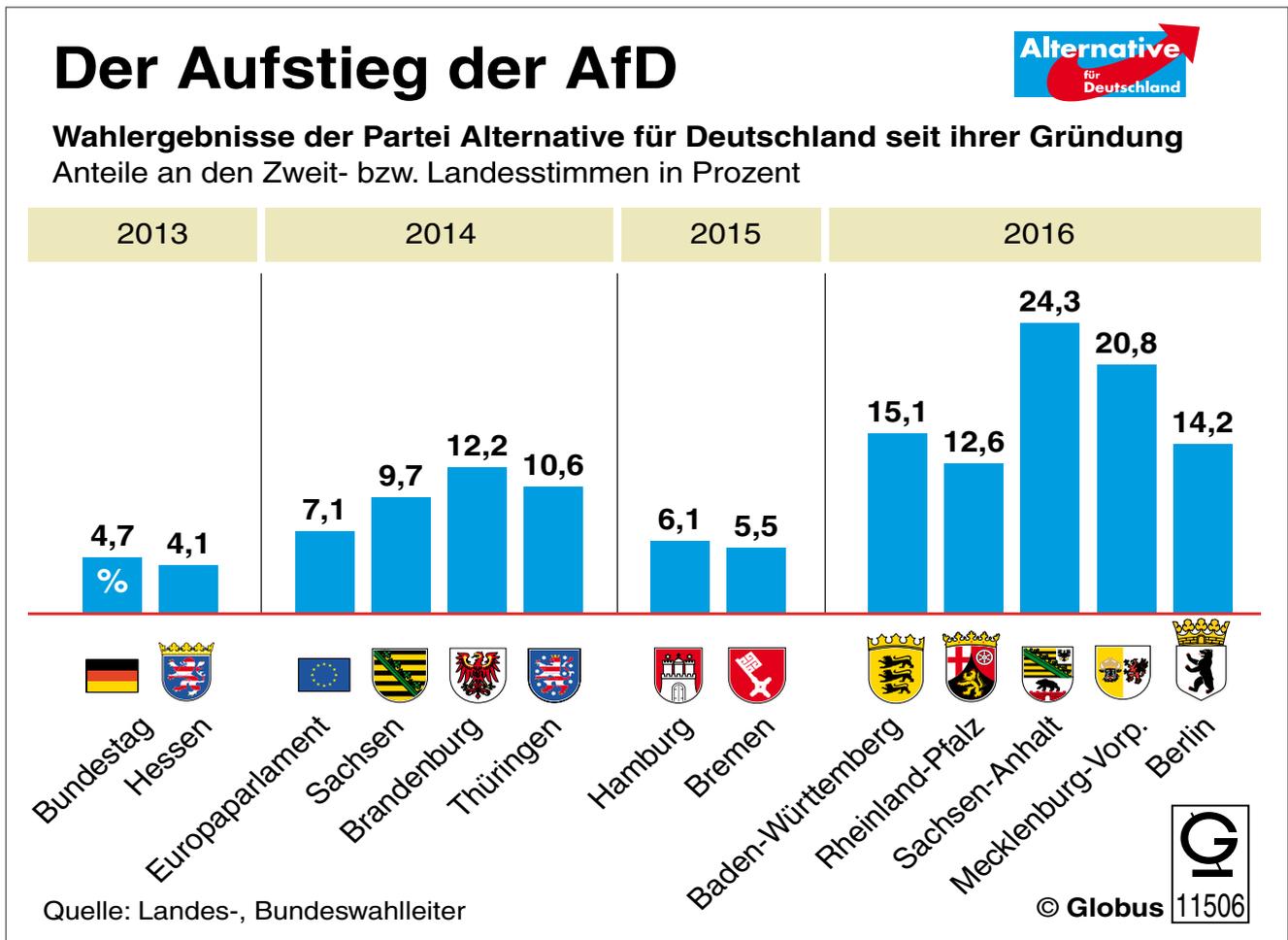
6 Vgl. Daniel Stockemer: The success of radical right-wing parties in Western European regions – new challenging findings, in: Journal of Contemporary European Studies (2016), S. 1–16, hier S. 3.

7 Vgl. Tim Spier: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010, S. 23.

8 Vgl. Stockemer (wie Anm. 6), S. 3.

9 Vgl. Kai Arzheimer: The AfD. Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: West European Politics 38 (2015), H. 3, S. 535–556, hier S. 540.

10 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 45 (2014), H. 1, S. 94–112, hier S. 97.



Quelle: dpa-infografik, Anbieter: picture-alliance/dpa-infografik – Fred Bökelmann, Redaktion: Sebastian Tanke

eindeutig als rechtspopulistisch einzuordnen, vollzog sie nach ihrer Aufteilung in ALFA und AfD (2015) eine fundamentale Veränderung. Während die ökonomisch ordoliberalen Kräfte um Bernd Lucke die Partei verließen, positionierte sich die AfD zunehmend als nationalkonservative Partei, deren Hauptthema die Flüchtlingskrise war.<sup>11</sup> Auch hier erkennt man den populistisch-opportunistischen Charakter der Partei, der sie dem rechtspopulistischen Lager zuordnen lässt und ihr medial den Ruf einer „chamäleonhaften“ Partei einbrachte.<sup>12</sup>

11 Vgl. Michael Jankowski/Sebastian Schneider/Markus Tepe: Ideological alternative? Analyzing Alternative für Deutschland candidates ideal points via black box scaling, in: Party Politics (2016), S. 1–13, hier S. 2.

12 Vgl. Deutschlandfunk: „Die AfD hat sich chamäleonhaft entwickelt“, [http://www.deutschlandfunk.de/parteitag-der-afd-die-afd-hat-sich-chamaeleonhaft-entwickelt.694.de.html?dram:article\\_id=352927](http://www.deutschlandfunk.de/parteitag-der-afd-die-afd-hat-sich-chamaeleonhaft-entwickelt.694.de.html?dram:article_id=352927) [Stand: 21.02.2017]. Vgl. Karl-Rudolf Korte: Die Landtagswahlen waren ein Fest der Demokratie. Gastbeitrag von Karl-Rudolf Korte, [http://www.focus.de/politik/experten/korte/gastbeitrag-von-karl-rudolf-korte-die-landtagswahlen-waren-ein-fest-der-demokratie\\_id\\_5360486.html](http://www.focus.de/politik/experten/korte/gastbeitrag-von-karl-rudolf-korte-die-landtagswahlen-waren-ein-fest-der-demokratie_id_5360486.html) [Stand: 21.02.2017].

Da die AfD noch verhältnismäßig jung ist und sich darüber hinaus in ihrer kurzen Geschichte noch stark verändert hat, besitzt sie noch keine klar abgrenzbare Wählerschaft. Noch 2013 konnte man unter den Wählern der AfD ein erhöhtes durchschnittliches Einkommen, hohe Bildungsabschlüsse und ein überdurchschnittliches politisches Interesse festmachen.<sup>13</sup> Auch der durch die Parteiführung geförderte Habitus einer „Professorenpartei“<sup>14</sup> war zunächst dem Bildungsbürgertum zugewandt. Vor allem durch ihre Fokussierung auf das Euro-Thema konnte die Partei diejenigen mobilisieren, die die Politik der etablierten Parteien in der Euro-Krise ablehnten, ganz gleich, aus welcher sozioökonomischen Schicht sie stammten. Nach

13 Vgl. Nicole Berbuir/Marcel Lewandowsky/Jasmin Siri: The AfD and its Sympathisers. Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: German Politics 24 (2015), H. 2, S. 154–178, hier S. 168.

14 Vgl. Marcel Lewandowsky: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 (2015), H. 1, S. 119–134, hier S. 119.

dem Bruch mit Bernd Lucke und der Spaltung in ALFA und AfD wandelte sich auch die Wählerschaft der Partei. Die AfD konnte vor allem junge bis mittelalte Männer für sich gewinnen, die sich darüber hinaus oftmals in prekären Beschäftigungsverhältnissen aufhielten. Das durchschnittliche Bildungsniveau der Wählerschaft sank deutlich, sodass die Partei heute zu einem größeren Teil von den unteren und mittleren Bildungsschichten gewählt wird, als dies vor der Spaltung der Fall war.<sup>15</sup> Rüdiger Schmitt-Beck macht vor allem politisch Unentschlossene als Wählerpotential aus. Schon bei der Bundestagswahl 2013 haben sich etwa 70 Prozent ihrer Wähler/-innen und Wähler erst sehr kurz vor der Wahl entschlossen die AfD zu wählen.<sup>16</sup>

Insgesamt wird der AfD ein Reservoir an Wähler/-innen attestiert, welches mit dem anderer europäischer Rechtspopulisten vergleichbar ist. Sympathisantinnen und Sympathisanten europäischer rechtspopulistischer Parteien kommen häufig aus dem Milieu der „Modernisierungsverlierer“. Arbeitslose oder prekär Beschäftigte, sozial exkludierte und armutsgefährdete Bürger/-innen mit relativ niedrigem sozioökonomischem Status sind besonders empfänglich für die Programme dieser Parteien.<sup>17</sup> Häufig gehörten diese Gruppen zur traditionellen Klientel sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Parteien, weshalb z.T. auch von einem „Proletarisierungstrend“ des rechtspopulistischen Elektors Ende der neunziger Jahre gesprochen wird.<sup>18</sup> Für die AfD ist diese Entwicklung allerdings noch nicht abgeschlossen, weshalb sich eine endgültige Analyse des Einflusses sozioökonomischer Faktoren auf die Wahlentscheidung bezüglich der AfD nicht formulieren lässt.

### Die soziale Schieflage in der Wahlbeteiligung

Nicht nur bei der Sozialstruktur der Parteien, sondern auch in der Wahlbeteiligung lassen sich starke sozioökonomische Unterschiede erkennen. Während eine niedrige Wahlbeteiligung besonders unmittelbar nach Wahlen häufig thematisiert und problematisiert wird, war sich die Politikwissenschaft über die Konsequenzen sinkender Betei-

gungsquoten lange im Unklaren. Vielmehr behandelte das Fach das Thema „Nichtwahl“ lange Zeit als Nebenschauplatz. Gerade die deutsche Politikwissenschaft sah sinkende Wahlbeteiligung lange entweder als Angleichung der hohen Beteiligungsquoten auf europäisches Normalniveau, als Ausdruck der Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen oder als Verschiebung von klassischer Partizipation hin zu neueren „unkonventionellen“ Formen wie Boykotten von Marken oder Bürgerbegehren.<sup>19</sup>

Alle drei Thesen können allerdings nicht endgültig überzeugen. Das Phänomen sinkender Wahlbeteiligung beschränkt sich nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern ist europaweit auf allen politischen Ebenen zu beobachten. So sinkt beispielsweise die gesamteuropäische Wahlbeteiligung bei Europawahlen seit der ersten Wahl 1979 kontinuierlich, was grundsätzlich auf einen durchschnittlichen Rückgang auch in einem Großteil weiterer Mitgliedsstaaten hinweist. In diesem Kontext spielt es zwar auch eine Rolle, dass tendenziell partizipationsschwache Mitgliedsstaaten im Osten Europas erst verhältnismäßig spät Mitglieder der Europäischen Union wurden und somit die Wahlbeteiligung stärker verringerten, aber auch in nationalen Kontexten lässt sich in Europa – sowie weltweit – ein Rückgang der Wahlbeteiligung beobachten.<sup>20</sup> Im Gegensatz zur Zufriedenheitsthese wird vielmehr häufig ein positiver Zusammenhang zwischen höherer Zufriedenheit der Wähler/-innen und einem höheren politischen Engagement analysiert.<sup>21</sup> Neue, unkonventionelle Formen der politischen Partizipation werden ebenfalls eher von denjenigen genutzt, die auch schon zur Wahl gehen und sich politisch engagieren. Es findet also weniger eine Substitution als vielmehr eine Ergänzung des Wahlakts durch neue Partizipationsformen statt, welcher sich aber auf die Gruppe der ohnehin schon Wählenden beschränkt.<sup>22</sup>

Während also die Theorien derjenigen, die sinkende Wahlbeteiligung als unproblematisch ansehen, nicht überzeugen können, wird vor allem in der jüngeren Forschung das Argument der „sozialen Schieflage“ in der

15 Vgl. Robert Pausch: Partei der radikalisierten Mitte, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/afd-analyse-erfolg-landtagswahlen-parteiwaehler> [Stand: 21.02.2017].

16 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: The 'Alternative für Deutschland in the Electorate'. Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party, in: *German Politics* (2016), S. 1–25, hier S. 5.

17 Vgl. Spier (wie Anm. 7), S. 186f.

18 Vgl. Hans-Georg Betz: Rechtspopulismus in Westeuropa. aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (2002), H. 3, S. 251–264, hier S. 258.

19 Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar: Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013, S. 44.

20 Vgl. Michael Kaeding/Stefan Haußner/Morten Pieper: Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung, Wiesbaden 2016, S. 15.

21 Vgl. Pippa Norris: *Democratic phoenix. Reinventing political activism*, Cambridge/New York/Melbourne/Madrid/Cape Town 2002.

22 Vgl. Wolfgang Merkel/Alexander Petring: *Partizipation und Inklusion*, Bonn 2011, 22f.

Wahlbeteiligung stark vertreten.<sup>23</sup> Hierbei ist vor allem die Dimension der politischen Gleichheit anzuführen, welche für jeden Bürger die gleichen Kapazitäten und Möglichkeiten zur Wahl voraussetzt.<sup>24</sup> Damit werden die Ressourcen, Fähigkeiten und Kompetenzen der Bürger explizit in das Gleichheitsideal mit einbezogen und gleichberechtigt neben die Ideale des gleichen Rechts und des gleichen Stimmgewichts für jeden Bürger gestellt. Politische Gleichheit wird somit eng verknüpft mit sozialer Gleichheit.

Weltweit lässt sich allerdings beobachten, dass die individuelle Wahlbeteiligung von einer Reihe sozioökonomischer Faktoren abhängt und die Wahlbeteiligung zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen keineswegs gleich ist. So bezog sich Arend Lijphart bereits 1997 als Präsident der *American Political Science Association* explizit auf eine systematische Verzerrung der Wahlbeteiligung zuungunsten weniger gut situerter Bürger und sprach von einem ungelösten Dilemma der Demokratie.<sup>25</sup> Eine höhere formale Bildung und die erlernten kognitiven Fähigkeiten erleichtern beispielsweise Hürden der Informations- und Entscheidungssuche im Vorfeld der Wahl. Höher gebildete Personen zeigen außerdem seltener sozial abweichendes Verhalten, was in Zusammenhang mit einer wahrgenommenen Wahlnorm eine Wahlteilnahme ebenfalls wahrscheinlicher macht. Während zum Beispiel US-Amerikaner/-innen mit höherem Bildungsabschluss (tertiäre Bildung) zu mehr als 80 Prozent wählen gehen, ist es nicht einmal jede/-r zweite US-Bürger/-in ohne höheren Bildungsabschluss, der den Gang an die Urne auf sich nimmt.<sup>26</sup> Aktuelle Forschungsergebnisse legen ebenfalls einen Einfluss des Einkommens auf die Wahlbeteiligung nahe. Einkommensstarke Gruppen haben ein besonderes Interesse ihren Einfluss geltend zu machen und wählen daher überproportional häufig. Zwischen Stadtvierteln in Duisburg mit besonders hoher (> 6.000 € pro Jahr) und mit niedriger durchschnittlicher Einzelhandelskauf-

kraft<sup>27</sup> pro Einwohner/-in (< 4.500 € pro Jahr) unterscheidet sich die Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Europawahlen um fast 40 Prozentpunkte.<sup>28</sup> Auch Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse wirken sich auf das individuelle Wahlverhalten aus. Fast kein anderer Indikator steht so sehr für sozialen Abstieg, wie der Verlust einer Arbeitsstelle. Zwar zeigt sich der Nachteil stärker in den Vereinigten Staaten als in europäischen Ländern, aber auch hierzulande kann ein negativer Effekt festgestellt werden.<sup>29</sup> Besonders auf kleinräumiger Aggregatebene, wo die Arbeitslosenquote stellvertretend für zahlreiche soziale Probleme innerhalb von Ländern oder Städten steht, macht sich der Effekt bemerkbar.<sup>30</sup>

Neben den vorgestellten Indikatoren hat die Politikwissenschaft eine Fülle an weiteren Erklärungsansätzen hervorgebracht. Smets und van Ham identifizieren in 90 Artikeln über 170 verschiedene Variablen im Zeitraum zwischen 2000 und 2010.<sup>31</sup> Eine vollständige Beschreibung der sozialen Schieflage ist daher nicht möglich. Es ist allerdings deutlich geworden, dass die Wahlbeteiligung keineswegs gleichmäßig in allen sozialen Gruppen sinkt, sondern vor allem bei Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Vergleicht man die Wählerschaft der AfD mit der Gruppe der Nichtwähler/-innen, so werden einige Gemeinsamkeiten deutlich, aber auch einige Unterschiede. Die sozioökonomischen Eigenschaften der Nichtwähler/-innen ähneln zum Teil denen der Modernisierungsverlierer/-innen und damit der klassischen Klientel rechtspopulistischer Parteien. Nichtwähler/-innen sind ebenfalls häufig sozial und politisch exkludiert, bildungsfern und finden sich in prekären Erwerbsverhältnissen wieder. Dennoch sind die beiden Gruppen keinesfalls deckungsgleich. Vor allem aus ihrer frühen Zeit um die Europawahl 2014 herum besaß die AfD eine deutlich zu den Nichtwähler/-innen verschiedene Wählerschaft. Auch 2016 ist die Partei vor allem bei Männern erfolgreich, während sich in der Wahlbeteiligung meist kein

23 Vgl. Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015; vgl. Kaeding/Haußner/Pieper (wie Anm. 20), Kapitel 2.

24 Vgl. Mikael Persson/Maria Solevid/Richard Öhrvall: Voter Turnout and Political Equality. Testing the 'Law of Dispersion' in a Swedish Natural Experiment, in: *Politics* 33 (2013), H. 3, S. 172–184, hier S. 173.

25 Vgl. Arend Lijphart: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: *The American Political Science Review* 91 (1997), H. 1, S. 1–14, hier S. 1.

26 Vgl. Jens Alber/Ulrich Kohler: Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats, in: *Leviathan* 35 (2007), H. 4, S. 510–539, hier S. 525.

27 Die Einzelhandelskaufkraft wird von dem Marktforschungsinstitut GfK-geomarketing erhoben. Die Einzelhandelskaufkraft stellt dabei den Teil der gesamten Kaufkraft dar, die für den Einzelhandel zur Verfügung steht. Sie wird hier stellvertretend für ein hohes Haushaltseinkommen genutzt.

28 Vgl. Kaeding/Haußner/Pieper (wie Anm. 20), S. 37.

29 Vgl. Aina Gallego: Unequal Political Participation in Europe, in: *International Journal of Sociology* 37 (2007), H. 4, S. 10–25, hier S. 13.

30 Vgl. Stefan Haußner/Michael Kaeding/Joel Wächter: Politische Gleichheit nicht ohne soziale Gleichheit. Die soziale Schieflage niedriger Wahlbeteiligung in Großstädten Nordrhein-Westfalens, in: *Journal für Politische Bildung* (2017), H. 1, S. 24–30.

31 Vgl. Kaat Smets/ Carolien van Ham: The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout, in: *Electoral Studies* 32 (2013), H. 2, S. 344–359, hier S. 345.

Geschlechterunterschied mehr feststellen lässt.<sup>32</sup> Darüber hinaus ist die AfD in erster Linie in ländlichen Gebieten besonders erfolgreich, während „Nichtwahlhochburgen“ vor allem in städtischen Regionen zu finden sind.<sup>33</sup> Hier erscheinen schon erste Zweifel angebracht, ob die gestiegene Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im Jahr 2016 allein auf den Erfolg der AfD zurückzuführen ist. Es liegen neben diesen theoretischen Überlegungen aber auch bereits einige reale Wahlergebnisse vor, deren Betrachtung sich vor dem Hintergrund des Untersuchungsgegenstands besonders lohnt.

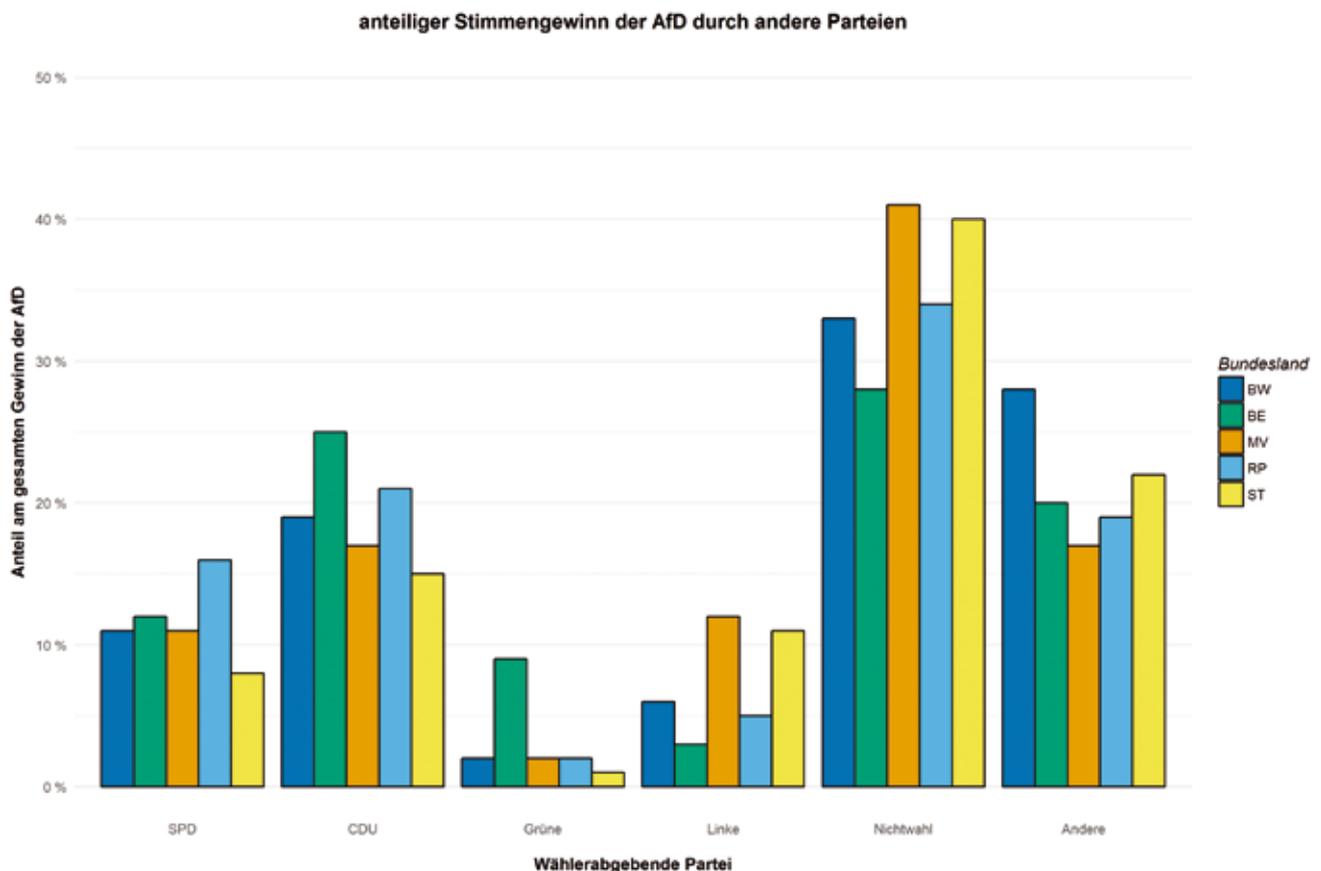
### Wählerwanderungen und der Zusammenhang von Wahlbeteiligung mit dem Erfolg der AfD

Nach den Landtagswahlen 2016 berichteten sowohl die TV-Anstalten noch am Wahlabend als auch die Zeitungen und weitere Medien ausführlich über die Wählerwanderungen.

Welche Partei hatte von welcher Partei besonders gewonnen? Welche Partei hatte besonders viele Stimmen abgeben müssen? Im Zentrum der Berichterstattung standen häufig die Nichtwähler/-innen, die im Zuge der gestiegenen Wahlbeteiligung besonders interessant schienen. Beinahe einhellig wurde verkündet: Die AfD mobilisiert Nichtwähler/-innen!<sup>34</sup> Die Information, dass die AfD es geschafft hatte, ehemalige Wahlverweigerer an die Urnen zu kriegen, ließ manchen Beobachter tatsächlich hinterfragen, ob eine gestiegene Wahlbeteiligung in diesem Fall überhaupt wünschenswert sei. Es lohnt sich allerdings ein genauerer Blick auf die Zahlen.

Die Daten zu Wählerwanderungen ergeben sich aus den Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute. Naturgemäß ist dieses Material relativ ungenau und kaum vergleichbar mit professionellen und wissenschaftlich durchgeführten Bevölkerungsbefragungen.

Abb. 1: Stimmengewinn der AfD durch andere Parteien bei den Landtagswahlen 2016



Quellen: Eigene Berechnung und Darstellung mit Daten von [wahl.tagesschau.de](http://wahl.tagesschau.de) (Länderparlamente)

32 Vgl. ebd., S. 348.

33 Vgl. Timo Steppat: Wähleranalyse: AfD mobilisiert verängstigte Nichtwähler, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/analyse-der-landtagswahl-afd-mobilisiert-veraengstigte-nichtwaehler-14415882.html> [Stand: 21.02.2017].

34 Vgl. Jakob Pontius: Die Enttäuschten überzeugen, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-wahlbeteiligung-nichtwaehler-demokratieparteien> [Stand: 21.02.2016]; vgl. Steppat (wie Anm. 33).

Dennoch ermöglichen diese Zahlen einen ersten Zugang zu dem Phänomen. In Abbildung 1: Stimmengewinn der AfD durch andere Parteien bei den Landtagswahlen 2016 ist für alle Landtagswahlen 2016 abgetragen, von welcher Partei oder Gruppe die AfD anteilig die meisten Stimmen bekommen hat. Die hier genutzten Daten stammen vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap, welches am Wahlabend vor allem für die ARD-Berichterstattung Umfragen durchgeführt hat.<sup>35</sup>

Es fällt tatsächlich auf, dass der größte Teil der Anhängerschaft der AfD bei der vorherigen Wahl noch nicht zur Wahl gegangen war. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt machen die ehemaligen Nichtwähler/-innen gar 40 Prozent der gesamten Wählerschaft der Partei aus. Durchschnittlich bildeten die Nichtwähler/-innen etwa ein Drittel der AfD-Wähler/-innen. Damit relativiert diese Abbildung allerdings auch die Annahme, die AfD würde fast ausschließlich eine verlorene Gruppe wieder an die Urne holen. Zwei Drittel der AfD-Wähler/-innen haben auch schon bei der vorangegangenen Wahl ihre Stimme abgegeben. Etwa ein Fünftel der Anhängerschaft stammt von der CDU und nochmal ein Fünftel von kleineren Parteien, die keine besondere Rolle in der Parteienlandschaft spielen. Ob dies in erster Linie ehemalige Anhänger/-innen von rechtsradikalen Parteien wie der NPD sind, kann auf der Grundlage der vorhandenen Daten nicht überprüft werden. In Berlin ist der Unterschied zwischen dem Nichtwahlanteil und weiteren Parteien nur sehr knapp. Während 25 Prozent der AfD-Wähler/-innen vormals CDU wählten, liegen die Zugewinne aus dem Nichtwahllager nur knapp darüber (28 Prozent). Zwischen zehn und 15 Prozent der AfD-Wähler/-innen kamen außerdem von der SPD. Lediglich bei Grünen- und Linken-Wähler/-innen scheint die AfD kaum erfolgreich zu sein. Es fällt allerdings auf, dass sowohl der Anteil, der von der Linken kommt, als auch der Anteil aus den Nichtwähler/-innen bei den beiden ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt besonders hoch ist. Die beiden Gruppen zusammen machen hier über die Hälfte der AfD-Wählerschaft aus. Aus den Daten zur Stimmenwanderung geht ebenfalls hervor, dass auch andere Parteien Wähler/-

innen aus dem Nichtwahllager mobilisieren konnten. So machen die ehemaligen Nichtwähler/-innen bei der SPD zum Teil über 50 Prozent an den gesamten Zugewinnen aus (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern).<sup>36</sup> Der Unterschied ist lediglich, dass die SPD auch an andere Parteien Wähler/-innen verliert, die Mobilisierung innerhalb der Nichtwähler/-innen fällt allerdings ähnlich stark aus.

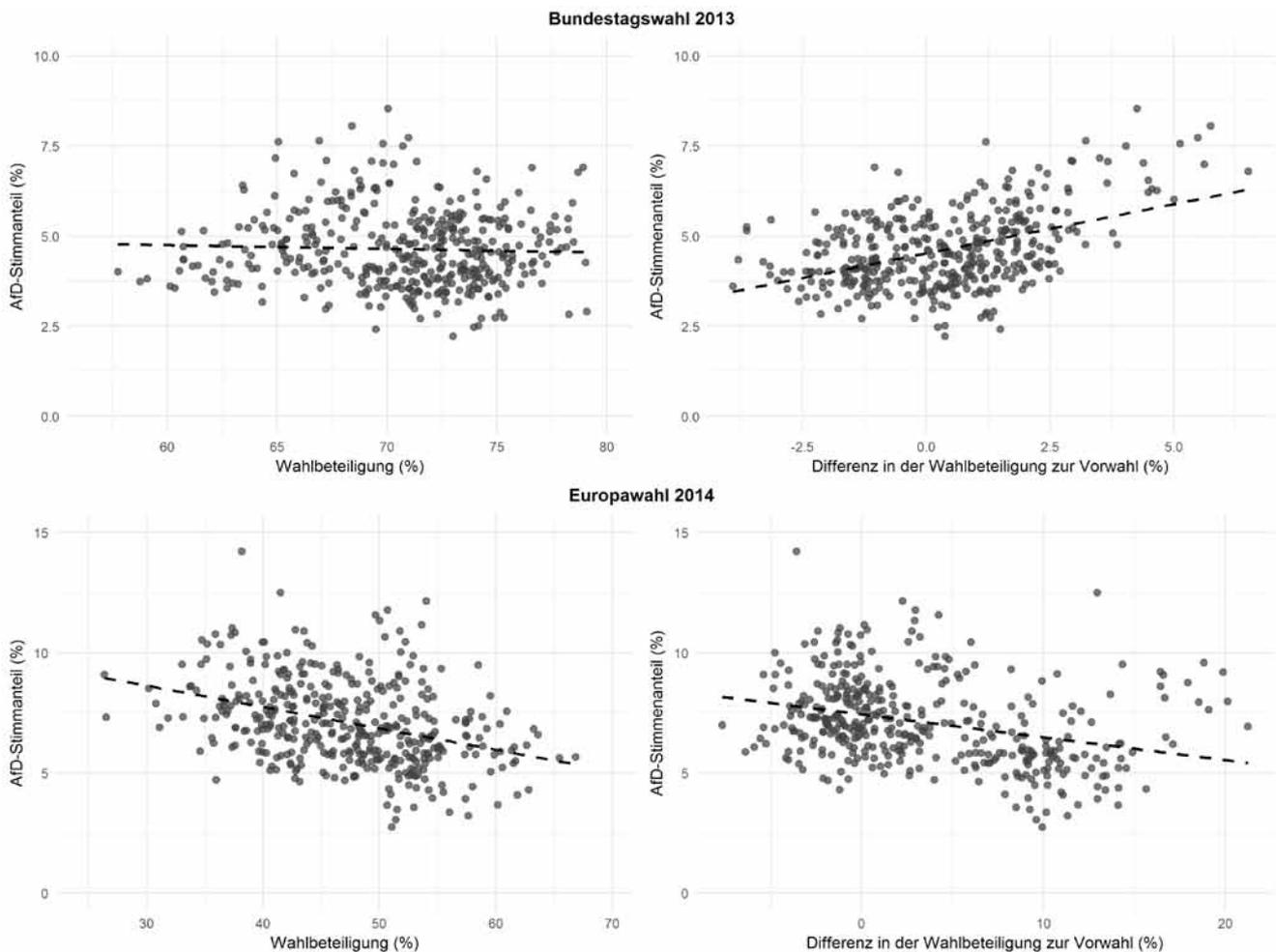
Weitere Hinweise darauf, ob die Wahlbeteiligung durch das Erstarken der AfD angestiegen ist, lassen sich aus dem Vergleich des Wahlergebnisses der AfD und der absoluten Wahlbeteiligung bzw. der Veränderung der Wahlbeteiligung zur Vorwahl ableiten. In der folgenden Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 in Deutschland wurde jeweils der Erfolg der AfD in Form des Wahlergebnisses und die absolute Wahlbeteiligung in der linken Grafik sowie die Veränderung der Wahlbeteiligung zur Vorwahl in der rechten Grafik für die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014 auf Landkreisebene abgetragen. Jeder Punkt steht für einen Landkreis und die dazugehörige Wahlbeteiligung und das AfD-Wahlergebnis in diesem Kreis.

Für die Bundestagswahl ist zu erkennen, dass die Höhe der Wahlbeteiligung keine Auswirkungen auf das Wahlergebnis der AfD hatte. Die gestrichelte Trendlinie läuft nahezu parallel zur x-Achse. Je höher die Wahlbeteiligung allerdings im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 gestiegen war, desto höher waren auch die AfD-Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl stieg mit stärkeren AfD-Wahlergebnissen also auch die Wahlbeteiligung. Hiermit ist nicht gesagt, dass vor allem Nichtwähler/-innen die AfD gewählt haben, aber insgesamt weisen Landkreise, in denen viele Bürger/-innen ihre Stimme der AfD gaben, auch eine höhere Wahlbeteiligung auf als noch 2009. Betrachtet man die Europawahl, so ergibt sich ein leicht verändertes Bild. Je höher hier die Wahlbeteiligung war, desto niedriger fiel das Wahlergebnis der AfD aus. Der Effekt ist nicht besonders stark, aber deutlich sichtbar. Außerdem war bei der Europawahl ein tendenziell umgekehrter Effekt zur Bundestagswahl zu erkennen. Je stärker die Wahlbeteiligung von der Europawahl 2009 zur Europawahl 2014 anstieg, desto niedriger fiel das AfD-Wahlergebnis aus.

.....  
 35 Lesebeispiel: In Baden-Württemberg haben etwa zehn Prozent der AfD-Wähler/-innen bei der letzten Wahl noch SPD gewählt und etwa 19 Prozent die CDU. Die Werte der Parteien zusammengenommen, addieren sich nicht in allen Fällen auf 100 Prozent. Zum Teil waren in den Werten noch die FDP oder die Piraten mit aufgeführt und nicht in den „Anderen“ enthalten. Die Grafik schließt in diesen Fällen die Wanderungen von diesen Parteien zur AfD aus.

.....  
 36 Diese Information ist aus den Daten ersichtlich, aber nicht in der Grafik enthalten.

Abb. 2: Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 in Deutschland



Quellen: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Grundlage von Daten des Bundeswahlleiters 2016

Die Betrachtung der beiden letzten großen landesweiten Wahlen bringt also noch keine eindeutigen Ergebnisse darüber, ob die AfD von einer hohen Wahlbeteiligung profitiert oder nicht. Die Wählerwanderungen der letzten Landtagswahlen im Jahr 2016 legen zwar nahe, dass die AfD durchaus ehemalige Nichtwähler/-innen mobilisieren konnte, allerdings konnte sie ebenso Wähler/-innen des kompletten Mitte-Rechts-Spektrums für sich gewinnen.

### Der Blick über den Tellerrand – Wahlbeteiligung und rechtspopulistische Parteien in Europa

Wie bereits zu Beginn dieses Beitrags festgestellt, sind Erfolge von rechtspopulistischen Parteien in Europa kein Einzelfall, sondern Deutschland stellte bis zum Aufkommen der AfD eher die Ausnahme von der Regel dar. Für eine breitere Perspektive lohnt sich daher der Blick

in andere europäischen Staaten, zumal 2017 ebenfalls wichtige Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich anstehen.

Für diesen Artikel wurden Daten von nationalen, möglichst kurz zurückliegenden Wahlen gesammelt. Ausgewählt wurden die Länder Österreich, die Schweiz, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien. In allen Ländern existieren rechtspopulistische Parteien, welche bereits unterschiedlich große Wahlerfolge hatten. Die Untersuchungsebene unterscheidet sich je nach Land, stellt aber immer eine möglichst kleinteilige Ebene dar. So stellt jeder Punkt in Österreich und der Schweiz einen politischen Bezirk dar. In Dänemark und Großbritannien beschreiben die Daten die Wahlkreisebene (*Opstillingskredse* und *constituencies*), in Frankreich die *Départements* und in den Niederlanden konnten leider

nur die zwölf Provinzen miteinander verglichen werden.<sup>37</sup> Wieder ist an den gestrichelten Trendlinien zu erkennen, welchen Effekt die Wahlbeteiligung auf das Ergebnis der rechtspopulistischen Parteien in den verschiedenen Ländern hat. Als rechtspopulistische Parteien wurden trotz einiger programmatischer Unterschiede folgende Parteien gewählt: die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die *Schweizerische Volkspartei* (SVP), die *Dansk Folkeparti* (DF), der *Front National* in Frankreich (FN) die *Partij voor de Vrijheid* in den Niederlanden (PVV) und schließlich die *United Kingdom Independence Party* (UKIP).

Wiederum stellt die jeweils linke Grafik den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Erfolg der jeweiligen Partei in Prozent dar. Auf der rechten Seite sind immer die Veränderung der Wahlbeteiligung zur Vorwahl sowie die Veränderung des Parteiergebnisses verzeichnet. Liegt der Punkt also bei  $-3$  auf der x-Achse, so ist die Wahlbeteiligung in diesem Bezirk im Vergleich zur vorherigen Wahl um drei Prozentpunkte gesunken. Einen Spezialfall stellt Frankreich dar, da hier beide Wahlgänge der Regionalwahl 2015 als Datengrundlage genommen wurden. Somit liegen zwischen den beiden Zeitpunkten nicht mehrere Jahre, sondern nur eine Woche (erster Wahlgang: 06.12.2015; zweiter Wahlgang: 13.12.2015). Ein weiterer Sonderfall ist die Bundespräsidentenwahl in Österreich. Auch hier liegen zwischen der Stichwahl zwischen Norbert Hofer (FPÖ) und Alexander van der Bellen (Grüne) und deren aufgrund von Verfahrensfehlern notwendigen Wiederholungswahl nur wenige Monate. Des Weiteren ist hier der Stimmenanteil stärker personalisiert, da man für Norbert Hofer von der FPÖ als Kandidaten wählen konnte und nicht für eine Partei stimmte. Bei diesen beiden Sonderfällen liegt sehr wenig Zeit zwischen den Wahlgängen, sodass die Effekte im Gegensatz zu den anderen Wahlen weitgehend auf Mobilisierungswirkungen der Parteien zurückgeführt werden können.

An den gestrichelten Trendlinien lässt sich weder ein negativer oder positiver Effekt ablesen. Da die Daten z. T. sehr unterschiedliche Bereiche umfassen, ist zusätzlich der Korrelationskoeffizient „Pearson R“ aufgeführt, der die Stärke des Zusammenhangs auch zwischen verschiedenen Ländern vergleichbar macht. Der Wert kann zwischen  $-1$  und  $+1$  liegen. Werte bis etwa  $\pm 0,3$  stehen für einen sehr geringen Effekt, während Werte von mehr als  $\pm 0,7$  für einen starken Zusammenhang stehen.

37 Bei Wahlen zum Europaparlament existiert in den Niederlanden lediglich ein einziger Wahlkreis. Die Provinzen stellen daher die kleinstmögliche Ebene dar, auf der die Daten frei verfügbar abrufbar sind.

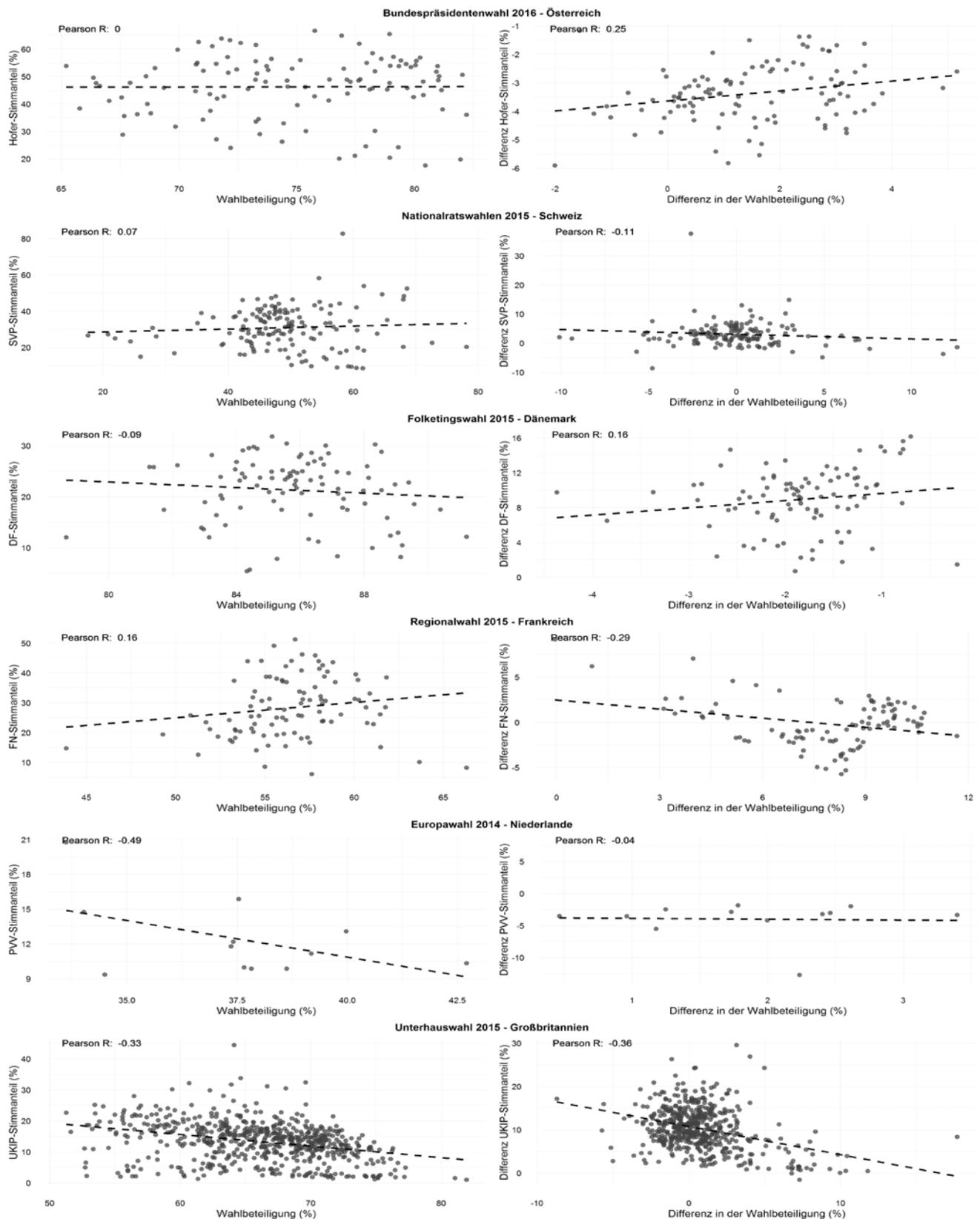
Bei dem Vergleich von Wahlbeteiligung und Erfolg rechtspopulistischer Parteien (linke Seite der Abbildung) lässt sich erkennen, dass ein Zusammenhang nur selten eindeutig nachweisbar ist. Stärkere Effekte ergeben sich lediglich in den Niederlanden und in Großbritannien. Je höher hier die Wahlbeteiligung ausfiel, desto niedriger war das Wahlergebnis der PVV bzw. UKIP. In Frankreich ist hingegen ein entgegen gesetzter Zusammenhang zu beobachten, allerdings fällt dieser marginal aus. In Österreich, der Schweiz und Dänemark hängt das Wahlergebnis der rechtspopulistischen Parteien nicht mit der Wahlbeteiligung zusammen und die Parteien können weder profitieren, noch schadet ihnen eine hohe Wahlbeteiligung.

Auch der Blick auf die Veränderung der Ergebnisse (rechte Seite der Abbildung) seit der Vorwahl fördert ambivalente Ergebnisse zu Tage. Bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich sowie bei der Folketingswahl in Dänemark konnten die Kandidaten besonders in den Bezirken gute Ergebnisse erzielen, in denen auch die Wahlbeteiligung am stärksten gestiegen – bzw. am wenigsten gefallen – war. Norbert Hofer verlor zwar durchweg relativen Stimmenanteil, allerdings war der Verlust in den Bezirken am geringsten, in denen die Wahlbeteiligung zur Wiederholungswahl am stärksten gestiegen war. Ähnlich in Dänemark, wo die Wahlbeteiligung in allen Bezirken gesunken ist, aber die *Dansk Folkeparti* die deutlichsten Zugewinne dort erzielte, wo die Wahlbeteiligung am wenigsten zurückging. Der Effekt ist hier allerdings allenfalls schwach. Rechtspopulistische Parteien hätten hier also profitiert, wenn die Wahlbeteiligung stark ansteigt.

Ein abweichendes Bild zeichnen allerdings die Ergebnisse aus Frankreich und Großbritannien. Der *Front National* und UKIP verzeichnen gerade in den Bezirken, in denen die Wahlbeteiligung stark anstieg, die schwächsten Parteiergebnisse. Beide Effekte sind nicht besonders stark, aber dennoch nachweisbar. In der Schweiz, Dänemark und den Niederlanden konnte kein Zusammenhang zwischen dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien und dem Anstieg der Wahlbeteiligung festgestellt werden.

Weder der Blick auf vorangegangene Wahlen in Deutschland, als auch in andere europäische Länder lässt also einen eindeutigen Schluss zu. Bisher lässt sich aus der Betrachtung bisheriger Wahlen nicht eindeutig ableiten, ob rechtspopulistische Parteien von hoher Wahlbeteiligung profitieren und sie es schaffen verlorene Wählergruppen wieder an die Wahlurne zu bringen, oder nicht.

Abb. 3: Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei nationalen Wahlen in Österreich, der Schweiz, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien



Quellen: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Grundlage von Daten des BMI (Österreich), Bundesamt für Statistik, Statistik der Nationalratswahlen (Schweiz), Danmarks Statistik (Dänemark), data.gouv.fr (Frankreich), nlverkiezingen.com (Niederlande) und The Electoral Commission (Vereinigtes Königreich)

## Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland bei Bundestagswahlen 1949–2013

Wahldatum	Deutschland (gesamt)	Früheres Bundesgebiet und Westberlin	Neue Länder und Ostberlin
14.08.1949	78,5 %		
06.09.1953	86,0 %		
15.09.1957	87,8 %		
17.09.1961	87,7 %		
19.09.1965	86,8 %		
28.09.1969	86,7 %		
19.11.1972	91,1 %		
03.10.1976	90,7 %		
05.10.1980	88,6 %		
06.03.1983	89,1 %		
25.01.1987	84,3 %		
02.12.1990	77,8 %	78,6 %	74,5 %
16.10.1994	79,0 %	80,5 %	72,6 %
27.09.1998	82,2 %	82,8 %	80,0 %
22.09.2002	79,1 %	80,6 %	72,8 %
18.09.2005	77,7 %	78,5 %	74,3 %
27.09.2009	70,8 %	72,2 %	64,7 %
22.09.2013	71,5 %	72,4 %	67,6 %

Quelle: Bundeswahlleiter, *Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen 1949–2013*, o.O. 2014

### Der Ausblick auf die kommenden Wahlen in Europa und die Bundestagswahl 2017

Die vorgestellten Ergebnisse befinden sich damit auf einer Linie mit der bisher bestehenden Forschung. In einer Studie in 19 westeuropäischen und 14 osteuropäischen Ländern im Zeitraum von 2002–2012 konnte kein Zusammenhang zwischen dem Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien und der Höhe der Wahlbeteiligung festgestellt werden.<sup>38</sup> Ein kürzlich erschienener Artikel aus dem Jahr 2016 bestätigt diesen Befund abermals: Rechtspopulisten können sowohl im Kontext der starken Mobilisierung als auch im Kontext politischer Entfremdung gut abschneiden.<sup>39</sup>

Für dieses bisher nicht eindeutige Ergebnis kann es mehrere Gründe geben: Zum einen wurden hier verschiedene Parteien unter dem Sammelbegriff des Rechtspopulismus zusammengefasst. Einige dieser Parteien wie der französische Front National oder die Schweizerische Volkspartei

sind schon seit den frühen siebziger Jahren aktiv und etabliert. Diese Parteien haben sich vermutlich schon früher eine Stammwählerschaft aufgebaut, die weniger von der Wahlbeteiligung und weiterer Mobilisierung abhängig ist. Allerdings gibt es neben diesen Unterschieden auch widerstreitende theoretische Erklärungen dafür, ob Parteien am rechten Rand überhaupt eine starke Mobilisierungswirkung zugeschrieben werden kann.

Diejenigen, die rechtspopulistischen Parteien eine starke Mobilisierungswirkung zuschreiben, argumentieren, dass diese Parteien eine neue Position in der politischen Gelegenheitsstruktur einnehmen, welche von den bisher etablierten Parteien vernachlässigt wurde.<sup>40</sup> Im Sinne der Modernisierungsverlierertheorie sprechen die Parteien gerade Bürger mit geringeren sozialen und materiellen Ressourcen an und könnten so besonders von dieser Gruppe profitieren. Außerdem Sorge die extreme Programmatik der Rechtspopulisten für eine verstärkte Polarisierung, welche den Bürgern das Gefühl gibt, dass bei der Wahl besonders viel auf dem

38 Vgl. Tim Immerzeel/Mark Pickup: Populist radical right parties mobilizing 'the people'? The role of populist radical right success in voter turnout, in: *Electoral Studies* 40 (2015), S. 347–360, hier S. 353.

39 Vgl. Stockemer (wie Anm. 6), 11 f.

40 Vgl. Chantal Mouffe: The 'End of Politics' and the Challenge of Right-wing Populism, hg. v. Francisco Panizza, in: *Populism and the mirror of democracy*, London 2005, S. 50–71.

Spiel stehe.<sup>41</sup> Ebenfalls profitieren würden die Rechtspopulisten von sogenannten „Send-a-Signal“-Wähler/-innen, die aus Enttäuschung und Protest ihre Stimme einer extremen Partei anvertrauen. Diese Gruppe wäre vermutlich sonst nicht zur Wahl gegangen, da sie mit den übrigen Parteien und speziell den Regierungsparteien unzufrieden ist. Die starke Polarisierung kommt allerdings nicht zwangsläufig nur den rechtspopulistischen Parteien selbst zu Gute. Auch Bürger/-innen, welche die Ideologie dieser Parteien ablehnen, könnten besonders stark mobilisiert werden, um die extremen Parteien von einem Erfolg abzuhalten.<sup>42</sup> Somit würde zwar die Wahlbeteiligung steigen, die Stimmen verteilen sich aber gerade nicht auf die populistischen Parteien.

Anderer Stimmen sehen aber auch die Möglichkeit einer Demobilisierung durch den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Hier ist vor allem das Schlagwort des *negative campaigning*, also des skandalisierten „schmutzigen“ Wahlkampfes zu nennen. Die Entwicklung und Verbreitung eines extrem negativen Images von Parteien und Politiker/-innen führt dazu, dass Bürger/-innen zunehmend den Eindruck gewinnen, das politische System sei nicht mehr fähig Probleme zu lösen und die Meinungen der Bürger/-innen verantwortungsvoll zu repräsentieren. Dies führt zu einer Abwendung vom politischen System und folglich zu geringerer Partizipation. Speziell junge und unerfahrene Bürger wären anfällig für die harsche Anti-Rhetorik der rechtspopulistischen Parteien und würden deshalb überdurchschnittlich oft der Wahl fernbleiben.<sup>43</sup>

Mit Blick auf die kommenden Wahlen in den Niederlanden im März, in Frankreich im April und den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Mai bleibt nach dieser Analyse ein kräftiges „Es kommt drauf an!“ der Politikwissenschaft. Der Zusammenhang zwischen erhöhter Wahlbeteiligung, wie sie bei den letzten Landtagswahlen beobachtbar war, und dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien wie der AfD ist weder im deutschen noch im europäischen Kontext nachweisbar. Auf der einen Seite nutzt die AfD ebenfalls das Stilmittel eines sehr harschen anti-elitären Tons und schlägt dabei häufig über die Stränge.<sup>44</sup> Diese Strategie könnte die politische Debatte in Zukunft durchaus stärker polarisieren, als dies bei den vorangegangenen Wahlen der Fall gewesen ist. Erreicht die AfD

so vor allem Bürger, die ein Signal setzen wollen, ist davon auszugehen, dass die Wahlbeteiligung steigt und dies auch überwiegend der AfD zu Gute kommt. Andererseits kann die Polarisierung auch zu einer verstärkten Mobilisierung der übrigen Wähler/-innen führen, sodass die Steigerung der Wahlbeteiligung in keinem Zusammenhang mit dem Erfolg der AfD stünde. Gerade Frust- oder Abstrafungswahlen sind häufig Phänomene von Zwischenwahlen, also Wahlen die zwischen den Terminen der Bundestagswahl stattfinden. Diese „Nebenwahlen“ werden von Wähler/-innen häufig dazu genutzt, die regierenden Parteien abzustrafen, während bei der Bundestagswahl das Gefühl eintritt, dass wirklich etwas auf dem Spiel stehe. Somit bleibt abzuwarten, ob die AfD bei der Bundestagswahl 2017 ähnliche Erfolge einfahren kann wie auf der Landesebene 2016.

Des Weiteren wird es darauf ankommen, ob die AfD Themen besetzen kann, die ausreichend polarisieren. Ob sich die Migrationsthematik bis September 2017 als tragfähig genug erweist, ist aufgrund der derzeit stabil niedrigen Zahl an neu ankommenden Geflüchteten fraglich – dies könnte sich jedoch auch wieder ändern. Hier bleibt allerdings abzuwarten, ob die Zahlen über den Sommer wieder ansteigen. Ebenso ist noch ungewiss, ob die AfD es schafft eigene Schwerpunkte im Bereich der Sicherheitspolitik zu setzen. Ist die AfD hier erfolgreich, ist es wahrscheinlich, dass die Wahlbeteiligung aufgrund stärkerer Polarisierung wieder geringfügig ansteigen oder zumindest nicht weiter sinken wird. Ob dies aber auch der AfD zum Erfolg verhilft oder sich die neu gewonnenen Wählergruppen nicht ebenso auf andere Parteien verteilen, lässt sich auf der Grundlage der bisherigen Forschung kaum vorhersagen. Wie dargelegt profitiert die AfD zwar von der Gruppe der Nichtwähler/-innen, allerdings kommt der größere Teil ihrer Wählerschaft durch Bürger/-innen, die vorher auch schon eine andere Partei gewählt haben.

Fest steht: Eine steigende Wahlbeteiligung ist wünschenswert. Durch die niedrige Wahlbeteiligung fallen gerade weniger privilegierte Gruppen überproportional aus dem politischen System heraus. Dieser Mechanismus gefährdet das Ideal politischer Gleichheit. Die häufig als „Modernisierungsverlierer“ charakterisierte Gruppe wird zum Teil von der AfD angesprochen. Bisherige empirische Ergebnisse im europäischen Kontext und auch in dieser Studie zeigen allerdings keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien und steigender oder sinkender Wahlbeteiligung. Die Befürchtung, dass vor allem die „Falschen“ von steigender Wahlbeteiligung profitieren, scheint unbegründet. In jedem Fall profitiert aber die Demokratie von einer großen Wahlbeteiligung. ■

41 Vgl. Immerzeel/Pickup (wie Anm. 38), S. 349.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. ebd., S. 350.

44 Wie beispielsweise Björn Höcke, der in seiner Rede vom 17.01.2017 das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ und die deutsche Erinnerungskultur als „dämliche Bewältigungspolitik“ bezeichnete.